

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Das teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabett nach Tarif, der jedoch bei Verzicht auf die Kontanten einfügig wird. Verfallsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Bezugspreis: Monatlich durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 133

Altensteig, Freitag den 10. Juni 1932

55. Jahrgang

Ueber Reichsreform und Verfassungsreform

Hochpolitische Rede des Innenministers v. Gahl

Berlin, 9. Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollversammlung ab. Der neue Innenminister Freiherr v. Gahl stellte sich vor und eröffnete die Sitzung. Nach persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrates, dem der Minister fast 11 Jahre als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, führte der Minister aus, daß ihn nicht Ehrgeiz und Machtgier zur Übernahme des Ministerpostens getrieben hätte, sondern einzig und allein das Gefühl der Pflicht, in dieser Krisenzeit dem Ruf des Reichspräsidenten zu folgen. Ich war umso überraschter von diesem Ruf, als ich seit genau einem Jahre nicht mehr die Ehre und die Freude gehabt hatte, den Herrn Reichspräsidenten zu sehen und zu sprechen, mit dem mich vom Kriege her das Gefühl innigster persönlicher und vaterländischer Verbundenheit verknüpfte. Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, der Minister zu sein, dem die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Ländern vornehmlich obliegt und der in erster Reihe berufen ist, unter Ihnen den Vorstoß zu führen. Seien Sie überzeugt, daß ich von dieser Pflicht tief durchdrungen bin und erhalte Sie mir in meiner neuen Stellung gegenüber dem Reichsrat das Vertrauen, das Sie mir als Mitglied unter Ihnen bisher so freundlich bewiesen haben. Ich habe erkannt, daß die härtesten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was verständiger und liebevoller Pflege bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Frucht von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Einzelnen der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten. Für Freuden erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in beständiger Fühlung mit uns arbeiten wird. Aus dieser Überzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform anfallen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringend diese Reform auch ist und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßnahmen zur Bereinigung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert. Das bedeutet kein Aufschieben auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgabe nur schrittweise lösen.

Das gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlinie unseres öffentlichen Lebens, deren Güter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Geschehnisse durchlöchert und noch unbestimmter Ansicht weitest Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. Verfassungen sind nicht harte Idee, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herantreten. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen: das Gerüde von einer geplanten Veränderung der Verfassung in der Richtung der Wiedererrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Gerüde. Ich würde mich erbärmlich vornehmen, wenn ich auf dem Ministerstuhl versetzen würde, meine persönliche, nicht nur anachronische und anerkennende, sondern in langen Jahren auch selbstverworfene Überzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk, inmitten des Strens von Europa halte, und daß ich persönlich lebe, mit der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin. Ich bin aber der Überzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben.

Das ganze Volk ist so mit Lasten schwerster Art beladen, daß wir erst versuchen müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen. Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich, denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewachter und pflichtgemäßiger Hintanhaltung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstempelung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir haben alle im Leben und sind bis zu dieser

Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und gedenken es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben weiter entwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann, zu einem gewissen Zustand. Wir alle helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen künstlichen. Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angedichteten Scheuklappen. Wir sind keine Vertreter einseitiger Standes- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volke und unserem Vaterland. Zu den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatelang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufe den Unterhand teilte und die Tage der Volksabstimmung in Allenstein, in denen ich Führer eines in sich über alle sonstigen Schranken hinweg einigen Volkes zu sein das große Glück hatte. Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist es in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Erleben hatte, daß der Heimat ärmster Sohn auch ihr treuester war ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung. Damals reifte in mir eine warme Liebe auch zu den ärmsten und am schwersten durch das Leben schlagenden Volksgenossen, die für mein Leben Bestand haben wird. Wie ich, denkt die ganze Regierung. Wir wissen, daß wir unser Volk nur erhalten können, wenn wir in warmer Liebe uns einsehen für das richtig verstandene Wohl der breiten, arbeitenden Massen. Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahmen zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden wird. Wir tun sie aber, getragen von aller Liebe zu allen Volksgenossen, mögen sie diese Liebe erwidern oder nicht. Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe. — In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Veranlagungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Wahrung des bestehenden Zustandes regelt. Ueber Einzelheiten läßt sich erst sprechen, wenn der Entwurf der Billigung des Herrn Reichspräsidenten gefunden haben wird. Das Kabinett geht dabei von der Absicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweideutig zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Nachmitteln des Staates zu schützen den Willen und die Herden habe.

Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen, jenseit die allgemeine Finanzlage mir das im Augenblick gestattet. Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe, in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer Grenzgebiete eine Lebensnotwendigkeit für die Nation ist, die nur erfüllt werden kann, wenn die Sache dieser Gebiete Sache des ganzen deutschen Volkes ist und bleibt.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere im Osten, so wichtige Siedlungsfrage. Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neuschaffung von rund 300 Dörfern auf 150 000 Hektar Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten.

Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen nationalen und sozialen Aufgabe nicht mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Ueber diese Dinge wird sich am Samstag im Deutschen Landwirtschaftsrat der zuständige Reichsernährungsminister ausführlich äußern. Ich betone hier nur, daß eine gesunde, lebensfähige, heilschaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen. Auch hier geht das Staatsinteresse allen anderen vor. Oft genug habe ich bereits im Reichsrat betont, daß ich ein scharfer Gegner aller individuellen Hisse bin und nur Hilfe bilige, die der Gesamtheit der Kommunen und der Wirtschaft

eines Reichsteiles und dadurch allen zuzute kommen. Ich kann heute aus den Aufgaben meines Ressorts nur wenige Punkte herausgreifen. Eins aber möchte ich hier noch feststellen: Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in gesicherter Lebensstellung befindliches Beamtentum. Ich betone mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Geschehnisse auf dem Gebiete des Beamtentums zu bearbeiten hat, in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und dem ganzen Kabinett dem Beamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist. Wir gehen dabei voraus, daß das Beamtentum sich der hohen Aufgabe stets bewußt ist, Diener der Allgemeinheit zu sein. Die Not der Zeit ist an dem Beamtentum nicht vorübergegangen; sie hat verhindert und verhindert leider auch in nächster Zukunft noch gewisse Ungerechtigkeiten in den Einkünften sofort und voll zu beseitigen. Wir sind aber bemüht, allen Beamtengraden und den Behördenangehörigen die Lasten der Zeit nach Möglichkeit zu erleichtern, um sie in ihrer dem Allgemeinwohl so notwendigen Arbeitsfreudigkeit zu erhalten.

Wichtig und notwendig erscheint mir auf dem gesamten kulturellen Leben unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk und Lichtspielwesen die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen, fremden Einflüsse, die seitweilig weite Kreise des deutschen Volkes betrauden haben.

Jedes Volk muß heute das Streben haben, in Verständigung mit allen Staaten und Völkern den Fortschritt und die Befriedigung der ganzen Menschheit zu fördern. Aber so wie das Leben des deutschen Volkes, wurzeln auch die Weltgeltung des deutschen Volkes und seine Stellung zu den anderen Völkern in seinem eigenen, seinem Blut und Geist angemessenen Leben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen Leben wachsen heute ständig in unserem Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesen Willen gerecht zu werden und die mächtigste nationale Bewegung der Gegenwart als eine Einsat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benutzen. Jede Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist uns dabei willkommen.

Das neue Kabinett hebt vor schwersten Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unser Volk nicht untergehen soll. Wir geben trotz aller Anfeindungen mit klugem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten. Wir hätten Mut und Vertrauen nicht, wenn wir uns auf eigenes Können und eigene Kraft stützen würden. Wir nehmen beides aus dem festen Glauben an unser Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, die über dem Leben der Völker wacht und die Deutschland nicht vergessen wird. Weil wir, durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk, diesen Glauben in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einfluß unserer besten Kräfte zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht. Uns bleibt dabei, nachdem der Schritt gewagt ist, nur die Erfüllung unserer engeren und weiteren Pflicht.

Kamens des Reichsrates erwiderte der preussische Vertreter, Staatssekretär Weichmann.

Ein Schritt der süddeutschen Länder

Karlsruhe, 9. Juni. Die heute in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag.“

ses. Dr. Held, Dr. Vols, Dr. Schmitt.“

Der Herr Reichskanzler wurde von dem Telegramm verständigt.

Ein Aufruf der Christl. Gewerkschaften

Berlin, 9. Juni. Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands nimmt zum Aufruf des Kabinetts Stellung, in dem er den Versuch erblickt, alle Anlässe zum sozialen Volkstanz zu beseitigen. Was die Regierungserklärung anlangt, so sei in ihr eine gewisse „Arbeiterfreundlichkeit“ enthalten, denn den sozialpolitischen Verpflichtungen, die Staat und Nation in der Not der Krise hätten übernehmen müssen, werde Schwächung der moralischen Kräfte der Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen. Der Gesamtverband vertritt die Auffassung, daß eine derartige Haltung zum Abbau des sozialen Schutzes werde führen müssen.

Änderung der Sozialversicherung

Berlin, 9. Juni. Reichskanzler von Papen empfing am Donnerstag den Präsidenten des Deutschen Landkreistages Dr. von Steinhilber, der ihm einen Vortrag über die Finanzlage der Landkreise hielt im Zusammenhang mit der Notverordnung der Reichsregierung, die auch auf die Gemeindefinanzen eine wesentliche Einwirkung ausüben soll. Wie das Nachrichtenbüro des R.D.Z. hört, hat Reichskanzler von Papen bei den Verhandlungen mit den verschiedenen Interessenten immer wieder darauf hingewiesen, daß eine vollständige Umorganisation der Sozialversicherung durch Notverordnung erfolgen werde.

Der Reichskanzler hat auch den Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm und den geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, empfangen. Beide Herren schilderten dem Kanzler die Notlage der deutschen Gemeinden und unterbreiteten ihm gleichzeitig Vorschläge zur Ausbalanzierung der Gemeindehaushalte.

Das Reichskabinett hat heute nachmittag seine Beratungen über den gesamten Fragenkomplex des Staats und der sozialpolitischen Fragen wieder aufgenommen. Die größte Sorge bildet natürlich im Augenblick die Erschließung neuer Geldquellen. Man spricht bereits von einer Beschäftigtensteuer nicht, wie es bisher hieß, in Höhe von 1, sondern von 1 1/2 bis 2, ja sogar von 2 1/2 Prozent. Auch der Gedanke einer Zusammenfassung von Kräfte-, Lohn- und Beschäftigtensteuer zu einer einheitlichen Festbetragssteuer wird neuerdings wieder erwogen. Der Durchschnittssatz dürfte in diesem Fall etwa 4 Prozent betragen. Einzelheiten stehen aber noch nicht fest. Es handelt sich namentlich bei der Einschränkung der Sozialleistungen, in die ein starker Eingriff geplant ist, derzeit nur um Referentenentwürfe. Die Beratungen des Kabinetts werden sich noch mehrere Tage hinziehen.

Protest des Gewerkschaftsrings

Berlin, 9. Juni. Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst mitteilt, richtete der Gewerkschaftsring ein Telegramm an die Reichsregierung, in dem gegen den Plan einer Festbetragssteuer Einspruch erhoben wird. Jede neue Arbeitnehmerbelastung müsse, so heißt es in dem Telegramm, die Massenauflösung in einer für die gesamte Wirtschaft verhängnisvollen Weise weiter verschärfen. Die Reichsregierung müsse sich bewußt sein, welche sozialen und materiellen Folgewirkungen solche Maßnahmen sowie alle Leistungszugungen in der Sozialversicherung hervorrufen.

Berlin in Not

Berlin, 9. Juni. Oberbürgermeister Dr. Sahm will bei der Reichsregierung Schritte unternehmen, um endlich eine finanzielle Hilfe des Reiches für die Reichshauptstadt zu erwirken. Berlin ist finanziell am Ende seiner Kraft und wird schon in aller nächster Zeit nicht mehr in der Lage sein, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn nicht schnellst Hilfe gebracht wird.

Hitler als Zeuge

Wegen Zeugnisverweigerung und Ungebühr mit 1000 RM. bestraft

München, 9. Juni. In der Verhandlung des Meinleidsprozesses gegen den Schriftsteller Werner Abel wurde Adolf Hitler als Zeuge vernommen. Er erklärte, es sei möglich, daß er mit Journalisten, Schriftstellern und Intellektuellen einmal über Siedel gesprochen habe. Da habe er aber immer betont, daß es seinen Kampf unerhöhet erleichtern würde, wenn gewisse Härten gegenüber den Südtirolern verschwänden. Finanziell habe er nichts mit dem Auslande zu tun.

Als der Vorsitzende an Hitler die Frage richtete, ob seine Bewegung überhaupt aus dem Auslande Geld erhalten hätte, erklärte der Zeuge, daß die nationalsozialistische Bewegung eine großdeutsche Bewegung sei und sich über die ganze Welt erstrecke. Es sei klar, daß in so unruhigen Zeiten wie z. B. während des Kulturkampfes, die Deutschen in der ganzen Welt bewegt würden und daß dann von ihnen kleinere Unterstüßungen für die Bewegung dem Nationalsozialismus zugesprochen seien. Derartige Unterstüßungen aus dem Auslande seien nur von Deutschen gekommen. Er habe nie Geld von einem Angehörigen eines früher feindlichen Landes erhalten, insbesondere nicht von einem Italiener zu einem bestimmten Zweck. Wenn dies bei irgend einer anderen Stelle geschehen und ihm dies bekannt geworden wäre, so hätte er es aufs Schärfste zurückgewiesen. Was Abel in dieser Beziehung sagt, sei das Unerschrockenste, was er je erlebt habe. Hitler betonte schließlich, wenn das alles wahr wäre, so bilde ihm nichts anderes übrig, als zur Pistole zu greifen.

Dann wurden von der Verteidigung an Hitler hinsichtlich seiner früheren und jetzigen Einstellung zur Südtiroler Frage eine Reihe von Fragen gerichtet. Hitler betonte, daß er die Souveränität des italienischen Volkes anerkenne und stets mit dieser Souveränität gerechnet habe. Tugend welche Verhandlungen mit Mussolini oder mit Vertretern des italienischen Faschismus seien seiner Einstellung nicht vorausgegangen. Er habe auch niemals irgend einem Parteiovertreter, der ja nur sein Vertreter sein konnte, einen dahingehenden Auftrag gegeben. Er sei für eine Verständigung zwischen Italien und Deutschland, das besage aber nicht, daß er kein Gefühl für die Südtiroler Leiden hätte. Aber mit diesem Gefühl allein könne man den Südtirolern nicht helfen. Der Verteidiger Dr. Rosenfeld richtete an Hitler die Frage, ob es richtig sei, daß er von einem italienischen Industrieunternehmen, das mit Schneider-Creusot in Verbindung stand, Geld bekommen habe. Durch diese Frage geriet Hitler in große Erregung und erklärte, er lasse sich nicht beleidigen. Alles, was hier behauptet werde, sei Schwindel. Er lasse sich vor allem nicht von einem jüdischen Rechtsanwalt beleidigen und werde überhaupt keine Antwort mehr geben. Trotz Verletzung durch den Vorsitzenden blieb Hitler bei der Verweigerung der Antwort und erklärte, daß er auch eine Freiheitsstrafe auf sich nehmen werde.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht den Beschluß, wonach Hitler wegen Zeugnisverweigerung zu 800 RM. Geldstrafe und wegen Ungebühr zu 200 RM. Geldstrafe verurteilt wird. Es folgte eine Kontroverse mit den Verteidigern, die es ablehnten, auf dem Wege über den Vorsitzenden Fragen zu stellen. Damit war die Vernehmung Hitlers beendet.

Drei Reparationsvorschläge Macdonalds?

Sonntag Zusammenkunft des englischen Ministerpräsidenten mit Herriot

London, 9. Juni. Es steht nunmehr endgültig fest, daß der britische Premierminister in Begleitung des Staatssekretärs im Foreign Office, Sir John Simon, am Samstag London verlassen wird, um über Paris nach Genf zu reisen. Der französische Ministerpräsident Herriot wird die beiden britischen Minister empfangen.

In Londoner politischen Kreisen ist man überzeugt, daß Ramsay Macdonald sich mit aller Entschiedenheit gegen den französischen Wunsch aussprechen werde, Deutschland nur ein kurzfristiges Rotoratorium zu bewilligen. Man hat den Eindruck, daß der englische Premierminister Herriot drei Vorschläge zur Auswahl vorlegen wird:

1. Vollkommene Streichung der Reparationszahlungen,
2. Bezahlung einer geringen Pauschalsumme durch Deutschland,
3. Mehrjähriges Rotoratorium, nach dessen Ablauf Deutschland geringe Reparationszahlungen vornehmen soll, falls es seine Finanz- und Wirtschaftslage gestattet.

Einleiten Frankreichs in der Reparationsfrage?

London, 9. Juni. Laut „Morning Post“ sollen bei der britischen Regierung wichtige Nachrichten eingegangen sein, die auf ein Einleiten Frankreichs in der Reparationsfrage schließen ließen. Britische Regierungskreise beurteilen infolgedessen die Aussichten auf eine Regelung des Reparationsproblems hoffnungsvoller denn je.

Teilweise Vertagung der Lausanner Konferenz geplant?

Paris, 9. Juni. „Matin“ berichtet aus London, daß Macdonald die Absicht haben solle, Herriot den Vorschlag zu machen, die Lausanner Konferenz nach der Aussprache über die Reparationsfrage zu vertagen und die Arbeiten entweder in der Schweiz oder in London zur Prüfung des zweiten Teiles der Tagesordnung zu einem Zeitpunkt wieder aufzunehmen, an dem es den Beteiligten Staaten möglich sein werde, Delegierte zu entsenden.

Paris in Erwartung

Paris, 9. Juni. Der erste außenpolitische Schritt Herriots nach der Aubernehmung der Nacht war eine dringende Einladung an den englischen Ministerpräsidenten, die politische Lage mit ihm zu besprechen. Macdonald antwortete nicht minder herzlich und ließ ihm durch den englischen Botschafter mitteilen, er und der englische Außenminister Sir John Simon seien über die Einladung sehr erfreut und übersaat, daß eine persönliche Aussprache eine betriebende Lösung der in Genf und Lausanne zu behandelnden Fragen vorbereiten werde.

Macdonald wird am Samstag in Paris erwartet. Möglicherweise werden sich die Besprechungen auch noch über den Samstag ausdehnen, so daß Herriot erst am Montag Paris verlassen wird. Seine Abreise war ursprünglich auf Samstagabend festgesetzt, aber er hat schon erklärt, daß er sie wegen der Bedeutung dieser Zusammenkunft bis Montag früh aufschieben werde.

Die französische Regierung hat sich jetzt mit der Tatsache abgefunden, daß nach Ablauf des Hoover-Jahres keine Zahlungen

von Deutschland erwartet werden können, und der neue Finanzminister Germain-Martin erklärte, daß das von seinem Vorgänger befolgte Verfahren diese Zahlungen doch in den Staatshaushalt einzuführen, seinen praktischen Wert habe. Die Frage, die Herriot und Macdonald lösen müssen, ist die Meinungsverschiedenheiten über die Dauer einer neuen Zahlungsaussetzung für Deutschland. Macdonald wird, wie verlautet, alles daran setzen, um die Zahlungsaussetzung solange wie möglich zu machen und andererseits von Deutschland die Zustimmung zu erlangen, daß Deutschland nicht einseitig die rechtliche Verpflichtung zur Entschuldigungsverpflichtung aufhebt. Wenn Deutschland sich vorläufig mit einer längeren Unterbrechung der Zahlungen einverstanden erklärt und als Entgegenkommen für Frankreich die rechtliche Seite der Angelegenheit unerörtert läßt, so hofft man, daß in Lausanne unter Führung Englands und Frankreichs eine gemeinsame europäische Schuldenpolitik gegenüber Amerika beschloffen wird, die dann zur Einleitung von Verhandlungen mit Amerika wegen Streichung sämtlicher Kriegsschulden führen würde. Nach französischer Auffassung könnte die Annahme solcher Vorschläge für Deutschland nicht unmöglich sein, denn worauf es doch praktisch ankommt, keine Wiederaufnahme der Zahlungen, wäre auf diese Weise und für längere Zeit verbürgt, und es wäre nur nötig, einige Ruhe und Geduld zu haben, um die endgültige Streichung aller Schulden von Amerika zu erlangen.

Es ist zu bemerken, daß Ministerpräsident Herriot tatsächlich alle politischen Parteien, mit Einschluß der Sozialisten, hinter sich hat, wenn er eine von Deutschland allein ausgehende Erklärung über die Kriegsschulden zurückweist. Auch die französischen Sozialisten haben nur dem Vorschlag zugestimmt, die Höhe der von Deutschland geleisteten Zahlungen durch einen internationalen Ausschuss prüfen zu lassen. In den Besprechungen werden auch die Abrüstung und die Donau-Frage behandelt werden. Die französische Regierung ist der Auffassung, daß zur Rettung der Donau- und Balkanstaaten keine reinen Finanzmaßnahmen, sondern ein großer Wirtschaftskursplan nötig ist und daß zu diesem Zweck der von Tardieu vorgebrachte Plan erweitert und ergänzt werden könnte unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Erfordernisse aller notleidenden Länder.

Eine amerikanische Erklärung

Die Regierung in Washington läßt wieder einmal eine Erklärung los, in der es heißt:

Die amerikanische Regierung hat darauf hingewiesen, daß sie mit den Entschuldigungsverpflichtungen nichts zu tun habe und die Lösung dieser Frage den beteiligten Mächten überlassen müsse, die in Lausanne hoffentlich zu einer Einigung gelangen würden. Das Staatsdepartement hat auf Anfragen stets die Schwerkraft der internationalen Schuldenfrage betont, da der Bundeskongress im Dezember 1931 in einer gemeinsamen Entschließung der Häuser gegen eine Ermäßigung oder Streichung der Schulden ausgesprochen habe. Das Staatsdepartement hat ferner in Gesprächen mit fremden Diplomaten stets darauf hingewiesen, daß bei Streichung der Schulden der Verbündeten Amerikas auf alles verzichtet und nichts erhalten würde. Mit anderen Worten, das amerikanische Volk solle zu den eigenen Lasten auch noch den Löwenanteil der Kriegskosten der Verbündeten übernehmen. Eine detaillierte Regelung würde keineswegs der amerikanischen Auffassung entsprechen.

Neues vom Tage

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Berlin, 9. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen zum Vortrag.

Der Memelkonflikt im Haag

Haag, 9. Juni. Der englische Vertreter erklärte: Die Hauptfrage sei, daß der litauische Gouverneur ein Recht zur Abhebung des Präsidenten des Direktoriums nicht besitze. Die Vertreter der übrigen Signatarmächte schlossen sich in kürzeren Erklärungen vollkommen den Darlegungen des englischen Vertreters an. Hierauf stellte der Vertreter Litauens, Generalstabsoberst, den Antrag, ihm eine dreitägige Frist zur Beantwortung der Ausführungen der Gegenpartei zuzubilligen. Der Antrag wurde angenommen und die Verhandlung auf nächsten Montag vertagt.

Raubmord im Schloß Holte bei Bielefeld

Bielefeld, 9. Juni. In einer Bluttat auf Schloß Holte, bei der der Gastwirt Desselhaus in seiner Wirtschaft erschlagen wurde, werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Täter ist kurz nach 3 Uhr in das Schlafzimmer des Wirts eingedrungen. Er hat sofort auf den Wirt eingeschlagen und ihm die tödlichen Schläge beigebracht. Als seine Frau ihrem Mann zu Hilfe eilen wollte, erhielt sie zwei wichtige Hammerschläge über den Kopf, so daß sie zusammenbrach. Der etwa 70 Jahre alte Vater des Wirts, der das Schlafzimmer betrat, wurde von dem Täter ebenfalls mit einem Schlag zu Boden gestreckt. Inzwischen war das Dienstmädchen in das Schlafzimmer der Eheleute geeilt. Zwischen ihm und dem Räuber entspann sich ein Kampf, bei dem es dem Mädchen gelang, den Räuber zu überwinden und ihm, obwohl es ebenfalls schwer verletzt wurde, den Hammer zu entreißen. Das Mädchen schlug auf den Wirt ein, bis der Hammerstiel abbrach. Der Täter flüchtete und konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Ein Neunjähriger von einem 13jährigen Knaben ermordet

Weg, 9. Juni. Im lothringischen Waisenhaus von Kettel hat ein 13jähriger Waisenknabe einen 9jährigen Pflegling des Hauses, der, da er an den Füßen verkrüppelt war, nur mit Prothesen gehen konnte, ermordet. Er führte den Krüppel an die Abortgrube und stieß ihn hinein. Dann legte er den Deckel wieder auf und stellte eine Holzstiege darauf. Erst abends wurde das Fehlen des Kindes bemerkt. Bei der allgemeinen Suche nach dem Vermissten beteiligte sich auch der Mörder. Erst nach längerem Verhör gab er seine Tat ein.

Schon ein Antrag auf Aufhebung der neuen preussischen Notverordnung

Berlin, 9. Juni. Zu der neuen preussischen Notverordnung hat die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages bereits am Donnerstag einen Antrag eingebracht, worin es heißt, daß die neue Notverordnung „der noch die Geschäfte führenden preussischen Regierung“ mit ihren Bestimmungen über die Veränderung der Hauszinssteuerordnung, die Einführung der Schlachtsteuer „und die Gehaltsföhrung für Beamte und Angestellte neue untragbare Lasten“ bringe. Der Landtag wolle daher beschließen: Die Notverordnung wird aufgehoben. — Die kommunistische Fraktion hat gleichfalls bereits die Aufhebung der neuen Notverordnung verlangt.

Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 9. Juni. Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages hat der Abg. Dr. Breitscheid in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Fried (M.D.), darum ersucht, daß der Auswärtige Ausschuss in der aller nächsten Zeit zu einer Sitzung einberufen werde. Der Auswärtige Ausschuss gehört zu den Gremien des Reichstages, die auch nach Auflösung des Parlaments auf Grund der Verfassungsbestimmungen weiter bestehen und ihre Arbeiten fortsetzen können.

Auflegung der Stimmlisten für die Reichstagswahlen

Berlin, 9. Juni. Die Stimmlisten und Stimmkarten für die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl sind vom 10. bis 17. Juli aufzulegen.

Ministerpräsidentenwahl in Preußen wahrscheinlich am 22. Juni

Berlin, 9. Juni. Wie das Nachrichtenbüro des R.D.Z. in parlamentarischen Kreisen hört, ist nicht damit zu rechnen, daß sich im Kellertentat des Preussischen Landtags am Freitag eine Mehrheit für die Vorverlegung des Wiederzusammentritts des Landtagsplenums auf den 14. Juni oder einen anderen Termin vor den Herbstwahlen findet. Dagegen dürfte im Kellertentat verlangt werden, daß auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des Preussischen Landtags am 22. Juni außer der jetzt darauf beschlossenen endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten gesetzt wird.

Landtagsauflösung in Braunschweig abgelehnt

Braunschweig, 9. Juni. In der Abstimmung über den nationalsozialistischen Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des braunschweigischen Landtages wurden 16 Stimmen dafür und 15 dagegen abgegeben. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Gauleitertagung der NSDAP.

Der Führer spricht zur Generalabrechnung

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: In München fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Sträßer eine Gauleitertagung der NSDAP statt, die sich insbesondere auch mit der organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahl befaßte.

Adolf Hitler legte in einleitenden Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Haltung der NSDAP zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neu geschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind. Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei den durchaus untauglichen Versuchen der Systemparteien, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuwälzen, scharf entgegen. Insbesondere kennzeichnete er dabei die Erklärung der Mitglieder des abgerufenen Kabinetts Brüning, wonach mit polizeilichen Mitteln allein den jetztenden Kräften in unserem Volke nicht entgegengetreten werden könne, als ein ungewöhnlich dreistes Mandat angesichts der Tatsache, daß gerade die Regierung Brüning zwei Jahre lang mit diesen Mitteln die nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der brutalsten Weise unterdrückt hat. Gegenüber den separatistischen Gerüchten, die durch die Reden einiger verantwortungsloser, bayerischer Politiker genährt werden, gab Adolf Hitler der Auffassung der NSDAP und des ganzen deutschen Volkes dahin Ausdruck, daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung zerbrechen werde.

Die Ausführungen Adolf Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willensfindung der Versammelten, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit der NSDAP, ihre innere Kraft und äußere Kampfbereitschaft nur um so mehr zu stärken, je mehr der endgültige Sieg der Bewegung in greifbare Nähe gerückt sei. Der Reichswahlleiter, Minister a. D. Dr. Frid, gab anschließend die Anweisungen für die technische Durchführung der Wahlvorbereitungen.

Der Reichsorganisationsleiter Gregor Sträßer, der organisatorische Richtlinien im einzelnen gab, stellte für die organisatorische Arbeit der nächsten Zukunft den Leitgedanken auf, die Schlagfertigkeit der Organisation so zu vervollkommen, daß keine Macht der Welt mehr die NSDAP vom Sieg zu trennen vermag.

N.-S. Buchhandlung überfallen

Berlin, 8. Juni. Am Dienstagabend gegen 11 Uhr versuchte eine Horde Reichsbannerleute zusammen mit Kommunisten die nationalsozialistische Buchhandlung von Jakobitz in Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 100, zu stürmen. Die Täter warfen mit großen Steinen die Schaufenstergehänge der Buchhandlung ein, die ihnen auch als Vertreibsstelle des „Völkischen Beobachters“ bekannt ist. Ein ausnahmsweise reich herbeieilendes Ueberfallkommando konnte acht der Reichsbannerleute und Kommunisten festnehmen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 10. Juni 1932.

Amthliches. Die Prüfung im Fußbeschlag hat mit Erfolg bestanden und dadurch den Nachweis der Befähigung zum Betrieb des Fußbeschlagwerkes erbracht August Segfried in Calmbach O.A. Neuenbürg.

Kulturfilme. Morgen Samstag werden nun bestimmt die Kulturfilme „Große Menschen“, „Kunstturnen“, „Es wächst ein Geschlecht“ in zwei Nachmittags-Schülerführungen und einer Abendvorführung für Jugendliche und Erwachsene mit je zweistündiger Spielzeit gegeben werden. Unendliche Bewegung, Freude, Mut, Kraft und Anmut spiegeln sich in den Kulturfilmen wieder. Großer Reichtum körperlichen Lebens und seelischer Bewegungsfreude läßt uns aus den herrlichen Bildern entgegen. Die vielen Zeilpenaufnahmen vervollständigen das Bild und so ist auch morgen ein starker Besuch der Vorführungen zu erwarten.

Ordnung und Sauberkeit in den Zügen und auf den Bahnhöfen. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Am Morgen über mangelnde Sauberkeit und Ordnung in den Zügen zu begegnen ist das Personal erneut angewiesen worden, auf die Einhaltung folgender Vorschriften zu achten: Die Wagen (namentlich die D-Zugwagen) sind während der Fahrt in Ordnung zu halten. Abfälle aller Art — Zigarettenreste, Obstschalen, Zeitungen usw. — sind wegzuräumen. Auf Posten und Sitzbänke dürfen die Füße nur aufgelegt werden, wenn durch geeignete Unterlagen Beschmutzung verhindert wird. In den Nichtraucher- und Frauenabteilen darf auch mit Zustimmung der Mitreisenden nicht geraucht werden. Das Betteln, das Feilbieten von Gegenständen, die Verteilung von Druckschriften in den Zügen ist wegen der damit verbundenen Belästigung der Fahrgäste unzulässig. Gepäck darf nicht auf unbesetzten Sitzplätzen, in anderen Abteilen oder in den Gängen der Durchgangswagen untergebracht, auch dürfen damit keine Türen versperrt werden. Die Reisenden werden gebeten, die Eisenbahn bei ihrem Betreten nach Herstellung von Sauberkeit und Ordnung in den Zügen und auf den Bahnhöfen zu unterstützen, gegen Ungehörigkeiten von Mitreisenden Stellung zu nehmen und die Schaffner wegen Abhilfe zu verständigen.

Calw, 9. Juni. Bei Aufnahme von Kurgästen ist Vorsicht geboten. Vor einigen Tagen nahm ein gut gekleideter Herr in einem Gasthofs Quartier. Gestern vormittag machte derselbe eine Wagenfahrt nach Wildbad, kehrte aber nicht mehr zurück. Unterdessen stellte es sich heraus,

daß mit dem Gast 400 Mark und noch andere Gegenstände verschwinden waren. Sofortige Nachforschungen nach dem Gaste führten bis jetzt zu keinem Resultat. — Zwangsversteigerungen vom Lande durch gerichtliche Beauftragte bringen für die hiesigen Geschäftsleute unliebsame Begleiterscheinungen. Bei Pfändungen auf den Landorten können die Waren am Orte selbst vielfach nicht abgeholt werden. Von der Gerichtsvollzieherstelle werden deshalb manchmal gepfändete Waren hier zum Verkauf gebracht. In den letzten Tagen wurden Flachnerartikel verkauft, die zu ganz geringen Preisen abgingen. Dadurch erleidet das hiesige Gewerbe Schaden. Der Andrang zu den öffentlichen Verkäufen ist groß. Es werden aber auch Versuche unternommen, die Leute von einem Angebot abzuhalten.

Freudenstadt, 9. Juni. (Kälterückfall.) Die Wettergestaltung bereitet den Schwarzwälder Kurorten und den Hotelbesitzern auf den Höhen berechnete Sorge. Dem nassen und unfreundlichen Monnemonat sind jetzt wieder rauhe und kalte Tage gefolgt, die nichts mit dem Sommer gemein haben. Die Gasthofbesitzer waren allerwärts gezwungen, einzuheizen.

Wettingen O.A. Horb, 9. Juni. (Schlechte Viehpreise.) Ein hiesiger Landwirt verkaufte an einen auswärtigen Metzger eine Kuh mit 12 Mark, angeboten waren 5 Mark. Der Verkäufer mußte noch obendrein für seinen Erlös das Stück Vieh auf den Bahnhof Eutingen abführen.

Schramberg, 9. Juni. (Der lautijs gehende Becker.) Den Uhrenfabrikanten Gebr. Jungmans A.G. in Schramberg ist lt. „Schramberger Zeitung“ nach einjährigen Versuchen das Meisterwerk gelungen, das geräuschlos gehende Beckerwerk in zwei verschiedenen Gehäuseausführungen zu konstruieren und in den Handel zu bringen. Die Neuschöpfung ist, wie die „Uhrmacher-Woche“ berichtet, trefflich geraten. Sie ist der bedeutendste technische Fortschritt in der Beckerfabrikation seit 40 Jahren. Mögen sie den Ruhm unserer heimischen Industrie mehren und ihrer Belegschaft Arbeit u. Verdienst bringen.

Winzeln, 8. Juni. (Ein blinder Rehbock.) Kürzlich beobachteten Holzmacher im Gemeindefeld einen blinden Sechserbock. Das Tier war total blind und rannte mit Heftigkeit an die Stämme. Der Jagdpächter, der davon in Kenntnis gesetzt wurde, konnte das kräftige Tier nach mehrstündigem Suchen erlegen. Jedensfalls ist die Erblindung auf einen Streifschuß zurückzuführen.

Heilbronn, 9. Juni. (Ende des Bauarbeiterstreiks.) Die Heilbronner Unternehmer haben sich bereit erklärt, ab Donnerstag, 9. Juni, die Arbeit zu den gemeinsamen vereinbarten Lohnsätzen wieder aufzunehmen und diese Sätze insoweit auszugleichen, als die in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Ortsklasseneinteilung nicht eine andere Regelung ergeben.

Schwabsberg O.A. Ellwangen, 9. Juni. (Zwangsvorteigerung.) Bei der Zwangsversteigerung des Gasthauses zum „Röhl“ mit etwa 38 Morgen Wäldern erfolgte ein Höchstangebot von 21.500 RM. bei einer gemeinderätlichen Schätzung von 20.850 RM. Käufer ist Landwirt Jakob Kuhn von hier.

Friedrichshafen, 9. Juni. (Bodenfesttreffen.) Das Bodensee-Jahresfest der Offiziere der Bodenseufer-Garnisonen und der Offizier-Vereinigungen am Bodensee findet in diesem Jahre in Friedrichshafen statt und zwar nächsten Sonntag.

Vom bayerischen Allgäu, 9. Juni. (Schwerer Autounfall.) Rechtsanwalt Dr. Ritt von Kempten, der mit der Ortsgruppe des ADAC eine Gausfahrt nach Garmisch unternommen hatte, ist bei der Rückfahrt schwer verunglückt. Sein Auto überhüllte sich. Dr. Ritt und seine Begleiterin wurden schwer verletzt.

Wolpertsmende O.A. Ravensburg, 9. Juni. (Brand.) Nachts brach in dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Maurers Mathias Wid in Hagenturm Feuer aus, das binnen kurzer Zeit auf die Grundmauern niederbrannte. Der Ortsfeuerwehr gelang es, die bedrohten Nachbargebäude zu retten.

Zwei Gerettete erzählen

Ueberlebende der Schiffskatastrophe kehrten heim

Zwei Ueberlebende der furchtbaren Schiffskatastrophe im Golf von Aden sind in Feuerbach eingetroffen. Es handelt sich dabei um zwei Monteure, die im Auftrag der Feuerbacher Firma J. Ziemann in Singapur eine Braueranlage eingerichtet hatten und von dort aus mit dem Anglierschiff „Georges Philipp“ wieder die Heimreise angetreten hatten. Der eine der beiden Zurückgekehrten ist der Monteur Ernst Höner von Jüssenhausen, der andere ein Mann namens Hans Meier. Die beiden Monteure wurden bei ihrer Ankunft in der Heimat von ihren Bekannten und Freunden begrüßt. Die Geretteten gaben den Neugierigen eine Schilderung ihrer Erlebnisse, aus denen noch folgendes interessant:

Die Fahrt von Singapur bis zum Ort der Katastrophe hatte zunächst einen guten Verlauf genommen. Als in der Nacht zum Freitagabend auf dem Schiff das Feuer ausbrach, befanden sich die beiden Monteure in ihrer Kabine und schliefen. Durch Lärm im Schiff wurden sie dann aufgeschreckt. Während der Monteur Meier sofort ans Vorderdeck eilte, hielt sich sein Kollege noch beim Ankleiden auf, was zur Folge hatte, daß er das Vorderdeck nur noch auf einem Umwege erreichen konnte. Meier berichtet nun, daß von den Schiffsoffizieren keine Anstalten getroffen worden seien, die Rettung der Passagiere auf dem Vorderdeck zu organisieren. Jede Person sei deshalb ganz auf sich selbst angewiesen gewesen. Die Passagiere verhielten sich, soweit möglich, mit Schwimmmatten und versuchten sich nun teilweise durch Abpringen vom Schiff zu retten. Dies war jedoch aus verschiedenen Gründen mit großen Gefahren verbunden. Einmal schwammen im Wasser Planken. So verlor ich beispielsweise ein deutsches Ehepaar namens Valentin beim Abpringen sehr schwer. Auch die Strudel, die sich um das Schiff bildeten, waren für die Schwimmenden eine große Gefahr. Viele, die sich un-

überlegt vom Schiff hinab ins Wasser stürzten, sind dabei ums Leben gekommen.

Bitter beklagen sich die Monteure darüber, daß von den 20 zur Verfügung stehenden Rettungsbooten nur sechs klar gemacht und aufs Meer gebracht wurden.

Der russische Dampfer, auf den sich auch die beiden Monteure retteten, hatte insgesamt 100 Ueberlebende an Bord. Die Monteure, die angehts der Brandkatastrophe ihre Kleidung und Geld auf dem Schiff zurücklassen mußten, erhielten zunächst einmal von der Bevölkerung Port Said wieder Kleider. In Marseille, wohin die Monteure dann fuhrten, erhielten sie von der verantwortlichen Schiffsgesellschaft nur einen Kanzelitrost mit. Deshalb mußten sie, um wieder nach Deutschland zurückkehren zu können, die Hilfe des deutschen Konsulats in Anspruch nehmen.

Liquidation der Hohenlohebank

Dehringen, 9. Juni. Die Hohenlohebank L.G. in Liquidation wird laut „Hohenloher Bote“ bis Juli in der Lage sein, einen größeren Betrag, der eine Quote von 10 Prozent darstellen dürfte, an die Gläubiger zur Verteilung bringen können. Die Einziehung der Guthaben löst auf große Schwierigkeiten, die Gelder fließen nur sehr spärlich. Die Auszahlung der Wertpapiere ist so ziemlich durchgeführt, außerdem wurden ca. 1600 kleine Gläubiger bedient, und zwar Forderungen bis 50 RM. voll, solche von 50 bis 100 RM. ermäßigt auf 50 RM. und solche von 100 bis 150 RM. mit 50 Prozent. Die Bankgebäude in Kupferzell, Weinsberg und Mödmühl sind verkauft, in Neuenstadt sind die Verhandlungen vorerst auf dem toten Punkt angelangt. Die gesamte Verwaltung ist in Dehringen zusammengezogen, das Personal auf das Notwendigste reduziert, ein weiterer Abbau für 1. Juli in Aussicht genommen. Die Unternehmung über die Haftung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ist im Gange, die Staatsanwaltschaft mit der Unternehmung der Verfolgungen beschäftigt. Bei der Abwicklung ist nach dem Blatt leider auch eine recht unerfreuliche Begleiterscheinung aufgetreten in unzulässigen Versuchen durch Verschöpfung von Grundstücken an Verwandte, diese dem Zugriff der Hohenlohebank, der sie als Sicherheit dienen sollten, zu entziehen, und damit die Allgemeinheit der Gläubiger unter Vorantstellung des eigenen persönlichen Vorteils zu schädigen.

Aus Baden

Der Verfassungstag als Feiertag in Baden aufgehoben

Karlsruhe, 8. Juni. Das badische Staatsministerium hat heute folgende Verordnung erlassen: „Die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1923 über die Bestimmung des 11. August (Reichsverfassungstag) als gebotener Feiertag wird aufgehoben.“

Der Verfassungstag ist bisher in Deutschland nur in Baden und einem anderen kleinen Bundesstaat gesetzlicher Feiertag gewesen. Von süddeutschen Ländern wurde z. B. in Württemberg und Bayern am 11. August gearbeitet. In verschiedenen Orten wurde im badischen Landtag die Aufhebung des 11. Aug. als gesetzlicher badischer Feiertag gefordert. Als vor etwa einem Jahr ein entsprechender Antrag gestellt wurde, erklärte die Regierung, sie wolle eine Reichsregelung abwarten. Die gegenwärtige politische Lage ließ es der badischen Regierung indes offenbar zweckmäßig erscheinen, den Verfassungstag bereits jetzt abzulegen, da an eine reichsrechtliche Regelung im Sinne des badischen Gebrauchs unter den heutigen politischen Verhältnissen vorläufig kaum zu rechnen ist.

In Mecklenburg-Strelitzer Landtag wurde ein deulchnationaler Antrag angenommen, Verfassungsfeiern am 11. August zu verbieten.

Borsheim, 9. Juni. (Neue Erwerbslosenunternehmung.) Anlässlich eines Streiks der städtischen Pflichtarbeiter kam es gestern den ganzen Tag über wieder zu Kundgebungen an den verschiedensten Stellen der Stadt. Mehrmals im Laufe des Tages griff das Ueberfallkommando der Polizei ein; am Nachmittag wurde der Marktplatz geräumt und fünf Kundgeber verhaftet. Am Abend wiederholte sich die Räumung; es wurde nochmals ein Kundgeber festgenommen. Die Zwischenfälle begannen bereits am Vormittag. Eine Abteilung von etwa 80 streikenden Hilfsarbeitern zog um 8 Uhr zum Friedhof, wo etwa 20 Mann zur Pflichtarbeit erschienen waren. Die Arbeitenden ließen sich ohne größeren Widerstand zur Arbeitsniederlegung bewegen. Hernach zogen die Kundgeber wieder zur Stadt zurück. In der Wirtschaft zum „Jehndel“ versammelten sich die Streikenden und sonstige Kundgeber, wo eine längere Sitzung stattfand. Wie verlautet, wurde dort beschlossen, die nationalsozialistischen Erwerbslosen zu einer Zusammenkunft zwecks gemeinsamen Vorgehens aufzufordern. Ferner beschloß man, die Wiederaufnahme der Pflichtarbeit unter allen Umständen zu verhindern. Gegen 11 Uhr zogen die Kundgeber dann zur Stadtdärmerie, um auch dort einige Pflichtarbeiter, die am Morgen erschienen waren, zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Am Nachmittag sammelte sich dann beim Arbeitsamt ein Trupp von etwa 150 Erwerbslosen, der sich gegen halb vier Uhr unter den verschiedensten Rufen, wie „Wir wollen Arbeit und Brot!“ in Bewegung setzte. In aufgelassen Gruppen zogen die Kundgeber an der Drückerlei des „Anzeigers“ vorbei zum Marktplatz, wobei sie in Sprechhören ihre Forderungen zum Ausdruck brachten. Dann sammelten sich mehrere hundert Personen auf dem Marktplatz, wo eine erhebliche Unruhe durch Sprechhören und Einzelrufe veranstaltet wurde. Die Polizei, die den Zug der Kundgeber begleitete und sich bis dahin sehr zurückgehalten hatte, griff nach einiger Zeit schließlich ein. Das Ueberfallkommando erschien gegen 4 Uhr und räumte den Marktplatz mit dem Gummiknüppel, wobei es oft zu heftigem Widerstand kam. Fünf der Kundgeber, darunter ein nationalsozialistischer Sturmführer, wurden verhaftet und ins Amtsgefängnis gebracht. Sie werden heute morgen dem Schnellrichter vorgeführt. Heute morgen ereigneten sich erneut Zwischenfälle. Zu größeren Zwischenfällen kam es bei Arbeitsbeginn bei den städtischen Kläranlagen im Eutingertal. Dort waren sieben Arbeitswillige erschienen, die jedoch ein größerer Trupp von etwa 40 Leuten von der Arbeit abzuhalten suchte. Unter den Streikenden befanden sich auch etwa 20 Mann, die bei der Stadtdärmerie als Streikposten aufgestellt gewesen waren, dann aber, da dort niemand erschien, die Streikposten bei den Kläranlagen verläßt hatten. Um den Arbeitswilligen Zutritt zu den Kläranlagen zu verhasen, griff das Ueberfallkommando ein. Sie wurden in polizeilichen Gewahrdam abgeführt und sollen ebenfalls dem Schnellgericht vorgeführt werden.

Borsheim, 9. Juni. (Schwerer Autounfall.) In Enzberg stießen ein Personenwagen und ein Lieferwagen auf der Umgehungsstraße derart zusammen, daß sich der Personenwagen zuerst drehte und dann noch zweimal seitlich überhüllte. Die Insassen mußten von Feuerwehrlenten aus dem stark beschädigten Wagen befreit werden. Von Sani-

lätern wurden sie sofort verhaftet und ins Krankenhaus verbracht. Der Besizer des Wagens erlitt einen Nervenschlag.

Oberhausen, Ami Bruchsal, 8. Juni. Zwei hiesige junge Leute unternahmen in einem selbst gebauten Paddelboot eine Fahrt auf dem Altrhein. Als sie den Neuhain befahren wollten, geriet das Boot in einen Strudel und kippte um. Dabei ertrank der 18 Jahre alte Oskar Walter von hier, während sein Begleiter sich retten konnte.

Steinen bei Schopfheim, 9. Juni. (Wundstarrkrampf.) Der in den fünfziger Jahren stehende Landwirt Wilhelm Henzler zog sich eine kleine Verletzung an der Hand zu. Er behandelte sie zwar, beachtete aber die Wunde nicht weiter. Nach einigen Tagen trat Wundstarrkrampf ein, an dem der Mann im Krankenhaus Schopfheim gestorben ist.

Aus dem Gerichtssaal

Neunzig Tausendmarksteine im Kleiderstüber
Schwere Strafe für einen Dreifachstieher

Konstanz, 9. Juni. Bei Ueberschreitung der mitten durch die Stadt laufenden Grenze zeigt ein älterer, gut aussehender Mann der deutschen Grenzkontrolle seinen Grenzstein vor. Schon glaubt er sich abgefertigt, als sich ihm eine Hand schwer auf die Schulter legt. Der Mann wird zur Untersuchung abgeführt. In der Briefkastlade befindet sich nur wenig Bargeld. Der Beamte tastet die Kleider ab, hört ein Knistern und zwischen dem Futter holt man 90 Tausendmarksteine hervor. Das Dreifachstiehergericht in München verurteilte den Uebeltäter, der es nicht lassen konnte, daß man gerade ihn unter Hunderten herausfand, zu acht Monaten Gefängnis, Beschlagnahme des Geldes und 150 000 Mark Geldstrafe.

Die Weizheimer Mörder vor dem Schwurgericht

Stuttgart, 9. Juni. Am Montag beginnt eine neue Tagung des Schwurgerichts Stuttgart. Die Tagesordnung umfaßt die jetzt vier Fälle von Meineid und zwei Fälle von Totschlag, außerdem als wichtigsten Fall den Raubmord in Weizheim, der am nächsten Mittwoch zur Verhandlung kommen wird. Allerdings lautet die Anklage gegen die beiden Täter, den Arbeiter Richard Schulte von Düsseldorf und den Schreiner Hirschberg von Dortmund, nicht auf Raubmord, sondern nur auf Raub mit Todesfolge.

Fahrlässige Tötung durch einen amerikanischen Konsul

Lüdingen, 9. Juni. Das Schöffengericht hat den amerikanischen Konsul a. D. in Luxemburg, Ernster, wegen fahrlässiger Tötung anstelle von zwei Monaten Gefängnis zu 2000 RM. Geldstrafe verurteilt. Ernster hatte im März d. J. zwischen Neuhausen und Dettingen a. E. einen städtischen Knaben von Dettingen mit seinem Auto überfahren und das Kind war kurz darauf gestorben.

Ungetreuer Polizeidiener

Kavensburg, 9. Juni. Wegen Unterschlagung von Dienstgeldern in Höhe von 408 RM. hatte sich der 33 Jahre alte Polizeidiener Gebhard Mennel aus Schwarzenbach O. A. Wangen vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er vergriff sich an den Geldern, die er in seiner dienstlichen Eigenschaft einzulassen hatte. Als am 1. Januar 1932 ein neuer Gemeindepfleger sein Amt antrat, kamen die Verantraguungen heraus. Der Schaden ist wieder gut gemacht worden. Mennel wurde entlassen und unter Anklage gestellt. Das Urteil lautete auf drei Monate und acht Tage Gefängnis.

Zu zwölf Jahren Kerker verurteilt

Zettwang, 9. Juni. Das Landesgericht in Feldkirch verhandelte am Dienstag gegen den 22 Jahre alten Knecht Karl Regensburger aus Kempton wegen Mordes und verurteilte ihn zu zwölf Jahren schweren Kerkers, was unserer Zuchthausstrafe entspricht. Wie erinnerlich, hatte der Surche, der an verschiedenen Orten im Oberamt Zettwang bedienstet war und zuletzt beim Landwirt Weiler in Rhenweiler Gemeinde Hemizlosen diente, in der Frühe des 30. Dezember 1931 die Ehefrau seines auf einer Weihnachtsreise sich befindenden Dienstherrn in unsittlicher Weise überfallen und die sich zur Wehr sehende Frau durch viele Hammerschläge auf den Kopf getötet. Der Mörder war dann flüchtig gegangen, er konnte jedoch in der Nähe des Pfänders bald festgenommen werden und da er durch Abstammung Oesterreicher ist, wurde er nicht ausgeliefert, sondern in Feldkirch gegen ihn verhandelt.

Sportvorschau

Endspiel um die deutsche Fußball-Meisterschaft

Am Sonntag findet das Endspiel um die deutsche Meisterschaft in Karlsruhe statt, zu dem sich Eintracht Frankfurt und Bayern München qualifiziert haben. Der Ausgang des Spieles ist ungewiss, da die beiden Mannschaften ziemlich gleichwertig sind. Die Mannschaftsaufstellungen sind noch nicht bestimmt, weil durch die Endspiele um die Meisterschaft einige Spieler verletzt wurden. Nürnberg wird einen großen Tag erleben; allein von Frankfurt und München sind schon 7000 Schlachttrommler angemeldet worden. Man rechnet im ganzen mit einer Zuschauerzahl von 55 000.

Um den Aufstieg zur Bezirksliga

Gruppe Württemberg:
Sportfreunde Dellbronn — FC. Kiefern
Stuttgarter Sportfreunde — FC. Tullingen.

Gruppe Baden:
SpVgg. Trossingen — FC. Konstanz
SpVgg. Freiburg — FC. Offenburg.

Bezirkssport-Endspiel
FC. Zuffenhausen — FC. Daxlanden.

Buntes Mädel

Möbel billiger als Brennholz

Bei einem Lubliner Bürger erschien ein Gerichtsvollzieher, um die Wohnungseinrichtung wegen rückständiger Steuern zu pfänden. Der Schuldner scheint die Pfändung erwartet zu haben, denn als der Gerichtsvollzieher sein Wirkungsfeld betrat, wurde er vom Schuldner und seinen Freunden verprügelt. Zu gleicher Zeit wurde, noch ehe die Polizei eingreifen konnte, die ganze Wohnungseinrichtung kurz und klein geschlagen. Als die Polizei erschien, waren keine Möbel mehr vorhanden. Man konnte nur noch Kleinholz pfänden. Allerdings soll Holz höher im Kurse stehen als Möbel. Wenn der Pfandschuldner Glück hat, bleibt ihm vielleicht noch aus dem Holzverkauf nach Bezahlung der rückständigen Steuern und der Polizeistrafe so viel Geld übrig, bei einer anderen Zwangsversteigerung eine beschlagnahmte Wohnungseinrichtung zu kaufen.

Letzte Nachrichten

Bombe im Bett der Geliebten

Warschau, 9. Juni. In einem jüdischgalizischen Dorf wurde unter das Bett eines Mädchens von verschmähten Bewerbern eine Bombe gelegt. Die verbrecherischen Burschen drachten die Bombe, als das Mädchen schlief, zur Explosion, so daß der Körper der Schlafenden vollkommen zerrissen wurde.

Wucherische Darlehen

Hamburg, 9. Juni. Wegen gewerbsmäßigen Wuchers verurteilte heute das Schöffengericht die Leiter der Hamburger Creditanstalt für Beamte und Angestellte, Dr. jur. Burhard und Hasenhein zu je eineinhalb Jahren Gefängnis. Die Angeklagten hatten von Darlehenssuchern Zinsen bis zu 36 Prozent genommen. Als Sicherheiten verlangten sie u. a. den Abschluß einer Lebensversicherung in Höhe des zehnfachen Betrages der Darlehenssumme, Uebereignung des Hausstandes und Verpfändung des Gehalts.

Gekorben

Loßburg: Matthias Alt, Postbote a. D., 72 Jahre alt.

Wetter für Samstag

Ueber Mitteleuropa liegt jetzt der von Westen vorgedrungene Hochdruck, doch hält die Zufuhr maritimer Luft noch an. Unter diesen Umständen ist für Samstag noch zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lau.

Morgen Samstag nachm. 3 u. 5 Uhr im Grünen Baum für ausw. und hiesige Schüler abends 7, 9 Uhr für Jugendliche und Erwachsene Vorführung der

„Große Menschen“
„Kunstturnen“
„Es wächst ein Geschlecht“

Kultur-Filme

Eintritt: Mitglieder 40 J. Nichtmitglieder 50 J. Erwerbslose halbe Preise, Schüler 15 J.

Jedermann ist zu diesen interessanten und lehrreichen, von wirklichem Leben sprudelnden Filmen freudlichst eingeladen.

Turnverein Altensteig (Gegründet 1861.)

Grömbach.

Waldverkauf.

In der Nachlasssache des Johann Georg Rentschler, Straßenwärters in Grömbach kommt am

Montag, den 13. Juni 1932, nachmittags 3 Uhr auf dem Rathaus in Grömbach im II. und letzten Termin zur Versteigerung:

P. Nr. 782/4, 782/1, 780/2, 2 ha 06 ar Nadelwald im Haderswäldle.

Grundbuchamt:
Bezirksnotar Heide.

Chrut und Uchrut

Ein praktisches Heilkräuterbüchlein von Pfarrer Joh. Kühnle

Preis M. —.80

ist wieder eingetroffen.

Ferner empfehlen wir

Bilderatlas zu Chrut und Uchrut

Preis M. 1.—

Buchhandlung L a u k.

Kinderwagen

wenig gebraucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Sommer-Sprossen werden unter Garantie

durch **VENUS** (Stärke B) bereitet. Mk. 1.60, 2.75. Gegen **Videl, Mitterer Stärke A.**

Löwen-Drog. Hiller Altensteig.

Musik-Berein Altensteig.

Am Sonntag, 12. Juni 1932

Vereins-Ausflug

über Spielberg—Böfingen—Ruine Mantelberg—Nördlinger Hütte nach Pfalzgrafenweiler (Schwanen).

Abmarsch vorm. 11 Uhr vom Marktplatz ab.

Hiezu sind unsere aktiven Mitglieder und ganz besonders auch die passiven Mitglieder mit Familienangehörigen herzlich eingeladen.

Mähmaschinen-Messer

schleift und neue Messer setzt ein

Fr. Koller, Messerschmied Nagold.

Freie Schreinerinnung Nagold.

Die

Polierkurse

des Landesgewerbeamtes Stuttgart, geleitet von Herrn Poliermeister Hausfahl, Nagold beginnen etwa Mitte Juni 1932.

Anmeldungen wollen bei Herrn Hausfahl, Emmingerstraße 36 unverzüglich gemacht werden.

Obermeister Gabel.

Simmersfeld.

Am Sonntag, den 12. Juni 1932 findet im

Gasthaus zum Anker ein

Großes Mehlessen

statt, verbunden mit

Musik- und Tanzunterhaltung wozu jedermann herzl. eingeladen ist.

Stoll zum „Anker“.

Neue Gehalt-Bücher mit Anhang zum Gehaltsteuer-Nachweis

also 2 Bücher in einem Bande

Liniaturen den neuesten Bestimmungen entsprechend: Gehaltbuch-Liniatur mit genügend freien Rubriken; Gehaltsteuer-Nachweis-Lin. mit vorgedr. Rubriken für Gehalt-, Krisen- und Bürgersteuer

Preis: 48 Blatt, davon 32 Blatt Gehaltbuch, 16 Blatt, Gehaltsteuer-Nachweis RM. 2.70

Preis 96 Blatt, davon 64 Blatt Gehaltbuch, 28Bl. Gehaltst.-Nachw., 4 Bl. Reg. RM. 4.70

vorrätig in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold.